

Die harsche Kritik am israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen sowie die aggressive Rhetorik des türkischen Ministerpräsidenten gegenüber der politischen Führung in Israel haben Befürchtungen aufkommen lassen, ob die Türkei ihre traditionelle Westbindung auflockern und graduell in das antiisraelische Lager der Nahoststaaten wechseln könnte. Die jüngsten Reaktionen Ankaras im Zusammenhang mit der Gazakrise müssen im Gesamtkontext der türkischen Außenpolitik betrachtet werden, die in den letzten Jahren eine Entwicklung zu einer regional engagierten und auf Interessenausgleich mit den Nachbarländern ausgerichteten Politik genommen hat. Bislang gibt es keine Indizien dafür, dass die nahöstliche Akzentuierung der neuen türkischen Außenpolitik auf Kosten der Westorientierung gehen soll. Vielmehr ist man in Ankara darum bemüht, die Rolle der Türkei als Brücke zwischen Orient und Okzident zu stärken und sich damit als regionaler Machtfaktor zu etablieren. An dieser strategischen Ausrichtung dürften auch die verbalen Attacken und der demonstrative Protestauftritt des türkischen Ministerpräsidenten beim Weltwirtschaftsforum in Davos nichts geändert haben.

Die Palästinafrage ist traditionell ein Schwerpunktthema der türkischen Nahostpolitik, das eine hohe emotionale Bedeutung für die Bevölkerung hat. In dieser Hinsicht gab es auch schon früher Zerwürfnisse mit Israel, die teilweise erheblich waren. So haben zum Beispiel der Be-

ginn des jüdischen Siedlungsbaus in Ostjerusalem 1967, das Feuer in der Al-Aksa-Moschee 1969 oder die Erklärung Jerusalems zur ewigen Hauptstadt Israels im Grundgesetz von 1980 scharfe Kritik türkischer Außenpolitiker ausgelöst (vergleiche Bülent Aras, „Turkey and the Palestinian Question“, *SETA Policy Brief No. 27*, Januar 2009). Der frühere türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit bezeichnete die israelische Militäraktion in der palästinensischen Stadt Jenin 2002 als „Genozid“, und im Jahr 2004 sprach Premier Recep Tayyip Erdoğan im Zusammenhang mit der Tötung des Hamas-Führers Scheich Ahmad Yassin und den zivilen Opfern im Rafah-Flüchtlingslager vom israelischen „Staatsterrorismus“. Trotz der Gegensätze in der Palästinafrage und wiederholter diplomatischer Verstimmungen war die Türkei immer um ein konstruktives Verhältnis zum jüdischen Staat bemüht. Seit Ende der 1990er-Jahre hat sich dieses Verhältnis sogar in eine strategische Partnerschaft umgewandelt, die vor allem in der militärischen Zusammenarbeit Umsetzung findet. Parallel dazu pflegte Ankara enge Beziehungen zur palästinensischen Verwaltung und bot sich als Vermittler zwischen Israelis und Palästinensern an. Auf politischer Ebene hatte Israel zwar eine türkische Vermittlerrolle abgelehnt, im wirtschaftlichen und sozialen Bereich war das Engagement Ankaras jedoch willkommen.

2004 gründete die Türkei das *Palestine Economic and Social Collaboration coordina-*

tion office, das im Außenministerium angesiedelt ist. Daneben wurde auch eine palästinensische Vertretung der türkischen Entwicklungsagentur TİKA (Türk İşbirliği ve Kalkınma İdaresi Başkanlığı) in Ramallah eröffnet. Als sich die Frage nach dem Wiederaufbau der palästinensischen Wirtschaft infolge des Rückzugs der israelischen Truppen und Siedler aus dem Gazastreifen stellte, entwickelte die Türkische Union der Börsen und Kammern (*Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği – TOBB*) Ende 2005 die Initiative „Industry for Peace“, mit der türkisches Know-how zur Errichtung von organisierten Industriezonen (Technoparks) in die palästinensischen Gebiete transferiert werden sollte (vergleiche Bülent Aras, „Turkey and the Palestinian Question“, *SETA Policy Brief No. 27*, Januar 2009). Kernstück der Initiative war die Wiederbelebung der nach dem Rückzug der Israelis stillgelegten gemischten Industriezone „Erez“ im Grenzgebiet zwischen Israel und dem Gazastreifen. Um dieses Vorhaben konkret umzusetzen, wurde das „Ankara-Forum für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Palästina, Türkei und Israel“ ins Leben gerufen, dessen Mitglieder neben TOBB die *Federation of Palestinian Chambers of Commerce, Industry and Agriculture* und die *Manufacturer's Association of Israel* sind. Durch wirtschaftlichen Aufbau, die Schaffung von Arbeitsplätzen und internationale Zusammenarbeit sollte der Friedensprozess nachhaltig gestärkt werden. Während der Gaza-Krise im August 2006 wurde das Gelände des Industrieparks zerstört. Zwar kündigte TOBB-Präsident Rifat Hisarcıkloğlu an, weitere hundert Millionen US-Dollar in das Projekt investieren zu wollen, sodass nach der Unterzeichnung von zwei Abkommen zwischen den Außenministern Israels, der Türkei und der Palästinensischen Verwaltung in Ramallah und Jerusalem die Bauarbeiten in Erez wieder fortgesetzt werden konnten.

Seit dem Wahlsieg der radikalislamischen Bewegung Hamas im Januar 2006 kam es allerdings aus Sicherheitsgründen immer wieder zu Verzögerungen, bis das Projekt mit dem Beginn der israelischen Offensive in Gaza zu Jahresende 2008 gestoppt wurde.

### Diplomatischer Fauxpas

Die Kontakte der türkischen Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi – Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) zur Hamas haben für erhebliche Spannungen zwischen Israel und der Türkei gesorgt. Im Februar 2006 kam eine Hamas-Delegation auf Einladung der AKP zu Gesprächen in die AKP-Zentrale nach Ankara. Der AKP-Vorsitzende und Ministerpräsident Erdoğan lehnte zwar ein Zusammentreffen mit den Hamas-Vertretern ab, sein Stellvertreter und damaliger Außenminister Gül sprach jedoch mit der Delegation. Ideengeber für die Aktion war angeblich der Politikprofessor Ahmet Davutoğlu, außenpolitischer Berater Erdoğan's und enger Vertrauter Güls. Der Hamas-Besuch in der Türkei stieß auf internationale Kritik: Israel protestierte scharf, auch die USA und die EU waren verstimmt über den Vorstoß Ankaras. Die Türkei unterlaufe damit die Bemühungen des Westens, die Hamas durch internationalen Boykott zu Gewaltverzicht und zur Anerkennung des erreichten Verhandlungsstandes zwischen Israel und den Palästinensern (und somit indirekt Israels) zu drängen. Die Türkei argumentierte wiederum damit, eine Isolation würde die Hamas noch stärker in die Hände Irans und Syriens treiben und somit eine Friedenslösung weiter erschweren. Allerdings ist es der AKP nicht gelungen, die Hamas-Vertreter zu relevanten Zugeständnissen zu bewegen, sodass der Besuch als Misserfolg und diplomatischer Fauxpas bewertet werden muss.

Parallel dazu bemühte sich die türkische Außenpolitik um gute Beziehun-

gen zur Fatah und zu Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Türkische Vermittlungs- und Schlichtungsversuche zwischen Fatah und Hamas erbrachten bislang jedoch nicht den erhofften Erfolg.

### Dramaturgische Zuspitzung

Mit dem Beginn der jüngsten Militäroffensive Israels in Gaza am 27. Dezember 2008 – auf die Ministerpräsident Erdoğan offenbar trotz eines Kurzbesuches seines israelischen Kollegen Olmert in Ankara einige Tage zuvor nicht vorbereitet war – nahm auch die aktuelle Krise in den türkisch-israelischen Beziehungen ihren Anfang. Sowohl die türkische Politik als auch die Öffentlichkeit reagierten empört. Allerdings sorgte die ungewöhnlich harsche und emotionale Kritik Erdogans an Israel für Irritationen und kam auch für manchen Beobachter in der Türkei überraschend. Der Eklat beim Wirtschaftsgipfel in Davos am 29. Januar 2009, als der türkische Ministerpräsident aus Verärgerung über den Verlauf einer Diskussion mit Israels Staatspräsident Schimon Peres demonstrativ den Saal verließ, war die dramaturgische Zuspitzung des politischen Zerwürfnisses. Spätestens hier wurde deutlich, wie unterschiedlich die türkische Haltung zum Gazakrieg im Vergleich zu den USA, der EU, aber auch zu den moderaten arabischen Staaten ist. Ob dieser Auftritt Erdogans Kalkül oder spontan war, bleibt Spekulation. Klar ist jedoch, dass er damit Anerkennung und Bewunderung in der muslimischen und arabischen Welt gewonnen hat. Auch in der Türkei wurde er von seinen Anhängern als Held gefeiert. Sicher ist, dass dies bei den am 29. März 2009 anstehenden Kommunalwahlen positive Auswirkungen für die AKP haben wird.

Außer politischer Kritik startete die AKP-Regierung jedoch frühzeitig auch eine intensive Pendeldiplomatie mit dem Ziel, die israelischen Angriffe im

Gazastreifen zu stoppen und die zerstrittenen Parteien an einen Verhandlungstisch zu bringen. Ministerpräsident Erdoğan reiste am 31. Dezember 2008 zunächst nach Damaskus, wo er mit dem syrischen Staatspräsidenten Baschar al Assad sprach, reiste am gleichen Tag nach Amman weiter, um sich mit dem jordanischen König Abdullah II. und Palästinenserpräsident Abbas zu treffen. Tags darauf flog er nach Scharm el Scheich zum ägyptischen Präsidenten Mubarak und setzte schließlich seine Reise am 3. Januar 2009 in die saudische Hauptstadt Riad fort, wo er mit König Abdullah bin Abdulaziz al Saud zusammenkam. Aus den Gesprächen ist ein Zweistufenplan hervorgegangen, wonach zunächst ein Waffenstillstand und die Stationierung internationaler Friedenstruppen vorgesehen ist, danach soll eine Aussöhnung zwischen der Hamas und Fatah vermittelt sowie der Wiederaufbau in Gaza mit internationaler Hilfe organisiert werden.

Erdogans außenpolitischer Berater Professor Davutoğlu traf sich in Damaskus mit der Exilführung der Hamas, um die Konditionen für einen Waffenstillstand auszuhandeln. Dies geschah parallel zu den diplomatischen Bemühungen westlicher und arabischer Länder unter der Federführung Frankreichs und Ägyptens um eine regionale Friedenslösung für Gaza, die eine explizite Einbeziehung der Hamas nicht vorsah.

Als am 18. Januar 2009 die Kampfhandlungen eingestellt wurden (jeweils einseitig von Israel am 17. Januar und der Hamas am 18. Januar verkündet), reklamierte die Türkei ihren Anteil am Erfolg der internationalen Vermittlungen. Professor Ahmet Davutoğlu erklärte gegenüber türkischen Medien, die Türkei hätte eine Schlüsselrolle dabei gespielt, die Hamas zur Niederlegung der Waffen zu überzeugen. Die Einbeziehung der Islamisten in die Verhandlungen sei unum-

gänglich gewesen, da „eine Ausgrenzung der Hamas einer Ausgrenzung des palästinensischen Volkes gleichkäme, denn Hamas wurde von den Palästinensern gewählt“ (vgl. *Zaman Online* vom 20. Januar 2009, S.1, 12 und *Hürriyet* S. 14, Sabah S. 16).

Die Beziehungen der Türkei zu Israel wurden durch den politischen Konflikt um den Gaza-Konflikt zwar schwer belastet, sind aber nicht irreparabel geschädigt. Das strategische Interesse an einer engen Kooperation ist nach wie vor auf beiden Seiten vorhanden und wird auch nicht von der AKP grundsätzlich infrage gestellt. Die Türkei war eines der ersten Länder, das den jüdischen Staat nach seiner Gründung 1948 anerkannt hat (1949), die Beziehungen haben sich insbesondere in den 1990er-Jahren intensiviert und sind zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts in eine strategische Partnerschaft übergegangen. Insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich sind die Verbindungen und Interessensverflechtungen so eng verknüpft, dass sie auch diplomatisch-politischen Krisen standhalten können. Allerdings darf ein Faktor nicht unterschätzt werden: die Stimmung in der Bevölkerung. Die starke Zunahme antiisraelischer und gelegentlich auch antisemitischer Einstellungen in der türkischen Öffentlichkeit in den letzten Wochen ist ein Faktor, der zwar von der Politik teilweise gezielt für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert worden ist, der aber auch eine gefährliche Eigendynamik entwickeln kann. Hier steht die AKP vor einer großen Verantwortung.

Das Nahost-Engagement der Türkei im Zusammenhang mit der Gaza-Krise ist aufschlussreich für das Verständnis der neuen türkischen Außenpolitik, die seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 graduell ihre Umsetzung findet. Sie knüpft

an einige Prinzipien der Außenpolitik des früheren Präsidenten Turgut Özal an, wird aber im Wesentlichen durch die Thesen von dem Politikwissenschaftler Ahmet Davutoğlu geprägt, wie sie in seinem 2001 erschienenen Buch *Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei (Stratejik derinlik: Türkiye'nin uluslararası konumu)* zusammengefasst sind. Laut Ahmet Davutoğlu sollte die Türkei zu ihrer eigenen „historischen und geografischen Identität“ zurückfinden (manche Kritiker sprechen von einer „neo-osmanischen“ Identität) und empfiehlt, ein „ausgewogenes Verhältnis zu allen globalen und regionalen Akteuren“ anzustreben einschließlich starker wirtschaftlicher Beziehungen mit allen regionalen Nachbarstaaten. Dies bedeutet, dass sich die Türkei nicht einseitig auf ein Bündnis mit dem Westen (USA und EU) beschränken, sondern gute Beziehungen mit allen Staaten der Region anstreben sollte (Motto: „Null Konflikt“). Eine multipolare und multidimensionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik soll allerdings nicht zum Nachteil für die guten Beziehungen zum Westen sein. „Die Europäische Union ist unsere Priorität, ja. Das heißt aber nicht, dass wir den Nahen Osten ignorieren können, den Kaukasus und den Balkan. Die Türkei muss gleichzeitig in vielen Richtungen aktiv sein“, so die Aussage des außenpolitischen Beraters von Ministerpräsident Erdoğan bei einer Pressekonferenz am 19. Januar 2009 (vergleiche *Zaman Online* vom 20. Januar 2009, S. 4).

Die Zeit wird zeigen, ob der Spagat einer Außenpolitik mit guten Beziehungen zu den USA, zur EU, zu Russland, Israel, Syrien, Ägypten, den Irak und Iran langfristig zu meistern ist und tatsächlich den strategischen Interessen der Türkei wirksam dienen kann.